

Demokratie braucht Zivilgesellschaft – Zivilgesellschaft braucht Demokratie

Kernpunkte der Koordinierenden Verbände zur Absicherung des Engagements im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

1. Angesichts der aktuellen Prognosen für die EU-, Landtags- und Kommunalwahlen 2024 braucht es dringend die rechtliche und finanzielle **Sicherung von zivilgesellschaftlichem, demokratiestärkendem Engagement, gerade auch auf Bundesebene**. Das geplante Demokratiefördergesetz ist eine wichtige Voraussetzung und muss durch passende und bekräftigende Förderrichtlinien unterstützt werden.
2. Gerade in ländlichen und strukturschwachen Regionen gilt es, **unbürokratische, niedrigschwellige und nachhaltige Fördermöglichkeiten der Demokratiestärkung** zu etablieren. Vereine und Verbände, die in diesen Regionen aktiv sind, haben oft Zugang zu unterschiedlichen Zielgruppen, die über klassische Angebote der politischen Bildung häufig nicht so gut erreicht werden. Das **Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“** bietet hier gelungene Ansätze, **muss aber finanziell besser ausgestattet werden**, um auf die gewachsenen Herausforderungen reagieren und weitere Maßnahmen fördern zu können.
3. Die Demokratie-Berater*innen bringen eine enorme Diversität an Lebensrealitäten und **Kontaktmöglichkeiten** zu Menschen mit. Durch ihre Kompetenzen im Bereich des Konfliktmanagements, der Antidiskriminierung und Sensibilisierung für Demokratiegefährdung bewirken sie, dass Vereine und Verbände als Orte gelebter Demokratie an Attraktivität gewinnen und sind ein wichtiger Baustein der Rechtsextremismusprävention. Dafür braucht es eine gute Begleitung durch hauptamtliche Strukturen. Die Förderrichtlinien des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ müssen so ausgestaltet sein, dass auch **marginalisierte Gruppen** erreicht werden. Dafür **braucht es verlässliche Strukturen, die eine langfristige Vernetzung** etwa mit Migrant*innenorganisationen ermöglichen.
4. Das **hauptamtliche Fundament für demokratiestärkendes Engagement** ist unabdingbar. Sie organisieren die Rahmenbedingungen, um die Arbeit der Demokratieberater*innen vor Ort möglich zu machen. Diese Unterstützung ist auch deshalb entscheidend, da die Sicherheit, die rechtliche Handlungssicherheit und der **persönliche Schutz von Engagierten in ländlichen Regionen** eine besondere Rolle spielen. Engagierte sind hier aufgrund der geringeren Anonymität sichtbar und vulnerabler. Nur mit der stetigen, hauptamtlichen Unterstützung kann gewährleistet werden, dass Demokratiearbeit wirken kann.
5. **Demokratiestärkung muss als Organisationsentwicklungsprozess verstanden und gefördert werden**. Eine demokratisierende Verbandsentwicklung wird nicht nur durch Coaching und veränderte Ausbildungslehrgänge erreicht, sondern auch durch Werte-, Leitbild- und Strukturveränderungsprozesse. Die innerverbandlichen Demokratisierungsprozesse können das Vertrauen in demokratische Organisationen und Institutionen stärken.